

Eine sozial gerechte Verkehrswende



DIE HERAUSFORDERUNG

Der Verkehrssektor ist derjenige Bereich, in dem seit 1990 die bei Weitem größten Zuwächse an Emissionen zu verzeichnen sind. 30 Prozent aller Emissionen in Österreich stammen aus dem Verkehrssektor. Es gibt keine Lösung der Klimakrise ohne tiefgreifende Änderung im Verkehrssystem.

Gleichzeitig sind die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten im Verkehrsbereich mit der Klimafrage eng verknüpft. Im Verkehrswesen arbeiten rund 250.000 Beschäftigte, sie halten unser Land am Laufen. Ein ruinöser Wettbewerb im Transportbereich basiert jedoch auf billigen Arbeitsplätzen und verursacht dadurch mehr umweltbelastenden Verkehr.



DIE ÖGB POSITION

Eine erfolgreiche Verkehrspolitik muss daher soziale und klimapolitische Aspekte zusammenführen. Der ÖGB hat 2021 in einem umfassenden Positionspapier zur Klimapolitik aus ArbeitnehmerInnen-Perspektive als auch in seinem Arbeitsprogramm 2023 – 2028 konkrete Vorschläge für eine sozial gerechte Verkehrswende erarbeitet.

Für eine klimagerechte Mobilität der Zukunft braucht es daher geteilte Zielbilder sowie gezielte ordnungspolitische Maßnahmen. In Unternehmen braucht es ein Umdenken in Bezug auf Arbeitswege und Lieferketten. Eine „Wirtschaft der kurzen Wege“ muss im Vordergrund stehen.

Gefördert durch

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

**OGB**
Klimabüro



KONKRETE FORDERUNGEN

- **Mobilitätsgarantie:** Es braucht eine geteilte Vision der Mobilität der Zukunft. Menschen müssen die Möglichkeit haben, Einrichtungen des öffentlichen Lebens öffentlich gut zu erreichen. Dazu soll zwischen 5.00 und 24.00 in allen Gemeinden ein halbstündiges Intervall sichergestellt werden.
- **Hohe Arbeitsstandards in der Verkehrsbranche:** Die niedrigen Preise von klimaschädlichen LKW-Transporten basieren vor allem auf der Ausbeutung von Arbeitnehmer:innen. Eine stärkere Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping sowie eine Versender- bzw. eine Auftraggeber-Haftung gegen Unterentlohnung und Sozialmissbrauch sind daher dringend angebracht.
- **Sozial und ökologisch gerechte Raumordnung:** Die Raumordnung muss danach ausgerichtet werden, dass wichtige Orte des täglichen Lebens (Arbeitsplätze, Bildungs- und Freizeitangebote, Gesundheitsversorgung etc.) klimaneutral ohne Auto und mit kurzen Wegen erreichbar sind. Außerdem muss im öffentlichen Raum Zufußgehen und Radfahren gegenüber dem motorisierten Individualverkehr konsequent bevorzugt werden
- **Ökologisierung der Pendlerpauschale:** Als Anreiz zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel soll bei überwiegender Benutzung der Öffis der große Pendlerabsetzbetrag zustehen. Außerdem bevorteilt die derzeit bestehende Regelung Menschen mit hohem Einkommen. Hier muss ein gerechterer Zugang gewählt werden.
- **Verpflichtendes betriebliches Mobilitätsmanagement:** Unternehmen ab 50 Beschäftigten sollen verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass ihre Kund:innen und Arbeitnehmer:innen mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen können und die Logistikketten CO₂-neutral werden.
- **Güterverkehr auf die Schiene verlagern:** Eine verpflichtende Verlagerung des Güterverkehrs von nationaler bis europäischer Ebene ab 500 Kilometer auf die Schiene wäre ein wichtiger Schritt, um die Anbindung strategischer Infrastruktur an Schienenlösungen, Investitionen in Industriegleise sowie die Einbindung großer Logistikunternehmen zu fördern. Außerdem fordern wir die Einführung einer flächendeckenden LKW-Maut.

Gefördert durch

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

**OGB**
Klimabüro